

II-2817 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Ballhausplatz 2, 1014 Wien

Tel. (0222) 66 15, Kl. 3494 DW

Sachbearbeiter: Ges. Dr. Nowotny

DVR: 0000060

GZ. 508.02.02/18-II.6/85

Parlamentarische Anfrage Dr. Kohlmaier  
und Genossen (1241/J); Erledigungen  
der Entschliessungen des Nationalrates  
und Bundesrates der letzten zehn Jahre

Wien, am 12. Juni 1985

1243 IAB

1985 -06- 18

zu 1241 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kohlmaier und Genossen haben am 18. April 1985 an mich unter der Zl. 1241/J eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"Wie wurden die in den letzten zehn Jahren von National- und Bundesrat gefassten Entschliessungen, die Ihr Ressort betroffen haben, seitens Ihres Ressorts erledigt bzw. behandelt?"

Unbeschadet der auch in der Lehre unbestrittenen Rechtsansicht, dass Entschliessungen des National- und Bundesrates unverbindlichen Charakter haben, beehre ich mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu denjenigen Entschliessungen, die nicht ausschliesslich mein Ressort betreffen, hat der Herr Bundeskanzler in Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1240/J-NR/1985 unter Zl. 353.110/37-III/4/85 Stellung genommen.

Zu den Entschliessungen, die ausschliesslich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten betreffen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Entschliessung des Nationalrates vom 13.12.1983 (E 12-NR/XVI) betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit.

Aufgrund der Entschliessung wurde dem Nationalrat ein Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit vorgelegt. Der Bericht wurde nach

- 2 -

eingehender Debatte im Aussenpolitischen Ausschuss am 4.5.1984 und im Plenum des Nationalrates am 24.5.1984 jeweils einstimmig angenommen.

2. Entschliessung des Nationalrates vom 13.12.1984 (E 11-NR/XVI) betreffend den Europarat.

Die Wirksamkeit des Europarates zu steigern, ist ein gemeinsames Anliegen der im Parlament vertretenen Parteien und ein kontinuierliches Anliegen der Bundesregierung. Ihre einschlägigen Initiativen haben im vergangenen Jahr gute Erfolge gezeigt. So konnten vom Ministerkomitee zwei gemeinsame schweizerisch-österreichische Resolutionen verabschiedet werden, von denen die eine die Verstärkung des politischen Dialogs im Europarat, die andere die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Europarat und den Europäischen Gemeinschaften bewirken soll.

3. Entschliessung des Nationalrates vom 9.11.1984 (E 27-NR/XVI) betreffend den österreichisch-tschechoslowakischen Grenzzwischenfall vom 30.10.1984.

Die Entschliessung enthält kein Ersuchen an die Bundesregierung oder an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, sondern der Nationalrat unterstützt mit ihr u.a. die vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten im Gefolge des Grenzzwischenfalles unternommenen Schritte.

Auf die vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten am 4.3.1985 vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten abgegebene Erklärung darf in diesem Zusammenhang verwiesen werden.

Die am 16.5.1985 stattgefundenen Gespräche mit dem tschechoslowakischen Aussenminister Chnoupek in Wien haben die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachte Erwartung bestätigt.

4. Entschliessung des Nationalrates vom 11.12.1984 (E 33-NR/XVI) betreffend den 10.Jahrestag des Beginns des KSZE-Prozesses.

Im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wird im Sinne der gegenständlichen Entschliessung ein neuerlicher Bericht über die fortgesetzten Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit ausgearbeitet; in diesem werden der gegenwärtige Stand des

./.

- 3 -

KSZE-Prozesses und die derzeit bzw. in naher Zukunft stattfindenden KSZE-Treffen (Menschenrechts-Expertentreffen in Ottawa, 6.Session der KVAE, Treffen zum 10.Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki) Berücksichtigung finden. Dieser Bericht der Bundesregierung wird dem Nationalrat im Herbst d.J. vorgelegt werden.

Der Bundesminister  
für Auswärtige Angelegenheiten:

